



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 886 880

P/XVI/71 - 25. März 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Jach allen Seiten offen</u> Zum FDP-Parteitag in Stuttgart Von Wolfgang Jensen	80
3	<u>Sturmzeichen in Lateinamerika</u> Von Bruno Kusler, Genf	52
4 - 5	<u>Aus der Wahlkampfliche der CDU</u> Zwischenräume auf CDU-Plakaten?	112
6 - 7	<u>Arbeitsproduktivität und Löhne in der "DER"</u> Inflationistische Berechnungen - die Ohrmacht der Spitze	78

\* \* \*  
\* \* \*

Nach allen Seiten offen

Von Wolfgang Jansen

Mit der Verkündung des Aufrufs zur Bundestagswahl ging am Samstagmittag der Parteitag der Freien Demokraten zu Ende. Wie es der Bundesvorsitzende schon am ersten Tage des Parteitages angekündigt hatte, wiederholt der aussenpolitische Teil im wesentlichen den Deutschlandplan der FDP. Im gleichen Kapitel, das unter der Überschrift "Freies Volk" steht, setzte sich der Parteivorstand für eine demokratischere Gestaltung der Verfassungswirklichkeit ein, mit Forderungen, die zu einem grossen Teil eigentlich jedem Demokraten zu eigen sein sollten, aber gleichzeitig schmerzlich bewusst machen, wie weit wir uns von diesem Leitbild in den vergangenen Jahren entfernt haben.

Vieles in diesem Wahlaufruf, der einige Schwerpunkte in eine Vielzahl von Einzelforderungen setzt, in dem Bestreben, für jeden etwas zu bringen, vieles also in diesem Wahlaufruf ist sicher nicht auf die FDP beschränkt, ist nicht Privateigentum der Freien Demokraten, sondern Gemeineigentum aller vernünftig und objektiv denkenden Menschen. So werden sich Diskussionen nur an einzelnen Teilen des Aufrufes entzünden können. Über grosse Bereiche kann es keinen Streit geben.

Und Streit wollen die Freien Demokraten auf keinen Fall, wenigstens soweit es sich um innerparteiliche Angelegenheiten handelt. Die Zeit, in der die Partei von internen Auseinandersetzungen erfüllt war, lastet wie ein Trauma auf ihr. Die doch im Grunde nur taktische Diskussion über die Frage, ob man seine Koalitionsabsichten vor der Wahl bekannt geben solle, genügt bereits, um den Parteivorsitzenden feststellen zu lassen, dass man in einer freien Partei auch freimütig diskutieren müsse, wobei der Schwung seiner Worte nicht über die deutliche Beunruhigung hinwegtäuschen konnte.

Allerdings war dies die einzige Frage, um die es ernsthafte Auseinandersetzungen geben könnte. Die Erklärung, mit der Mende den ersten Vorstoss des baden-württembergischen Ministers Haussmann beantwortete, ist insofern von Interesse, als sie die Geschlossenheit der Partei in eine Linie mit ihren Prinzipien stellt; ein weiterer Beweis dafür, dass man den liberalen Individualismus auf keinen Fall bis zu existenzgefährdenden Auseinandersetzungen treiben lassen will. Bei aller Regierungsfreudigkeit der FDP - und die ist sehr gross! - will man doch den Preis der Geschlossenheit für eine Koalition nicht zahlen, wohl wissend, dass dies sehr bald auch das Ende der Regierungstätigkeit - wie schon einmal - wäre.

Wenn die Partei auf vorzeitige Festlegung in der Koalitionsfrage verzichtete, so war sie zweifellos nicht schlecht beraten. Da ist nicht nur das offen geäusserte Argument stichhaltig, dass man sich durch eine vorzeitige Festlegung der Möglichkeit begeben würde, seine Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung stellen zu können;

da ist auch die Glaubwürdigkeit des so oft verkündeten Kampfes gegen das Zwei-Parteien-System in Gefahr, wenn man es mit einer vorzeitigen Entscheidung für eine der beiden großen Parteien indirekt wieder anerkennt. So entschied man sich zunächst dafür, die Fragen offen zu lassen, denn die Möglichkeiten von Koalitionen ergeben sich nicht zuletzt aus der Zusammensetzung des Parlaments und über die entscheiden nicht die Parteien, sondern die Wähler.

Außerdem wäre manchen derjenigen Delegierten, die im Grunde konservativ denken, die Entscheidung doch schwer gefallen. Die Äußerung Adenauers, die FDP müsse sich in Frankfurt bewähren, war zweifellos keine Meisterleistung des in taktischen Fragen doch sonst nicht ganz ungeschickten Parteivorsitzenden der CDU/CSU, und die Delegierten aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wußten manches Klagelied über massive Einwirkungen der Kanzlerpartei auf der kommunalen Ebene, bei Listenverbindungen oder Bürgermeisterwahlen zu singen.

Der Wille zur Regierungsbeteiligung ist stark. Aber die Erinnerung an das, was die Freien Demokraten einst in dem ersten Gängelskabinett Adenauers erleben mußten, ist noch nicht ganz verblaßt. In ihrem Wahlauftritt versuchen sie sich gegen ähnliche Entlohnisse institutionell durch die Forderung nach einem geschriebenen Vertrag und nach Bildung eines Koalitionsausschusses zu sichern. Nicht alle scheinen sich freilich darüber klar zu sein, daß eine faire Regierungspartnerschaft nicht so sehr eine Frage institutioneller Sicherung, als vielmehr eine Frage der persönlichen Einstellung des unterstützten Kanzlers ist, die Frage also, ob er sich zu einer fairen Partnerschaft bekennt oder entschlossen ist, "nicht pingelig mit der Macht" zu sein. Hier muß daran erinnert werden, daß erst gegenwärtige Kanzler noch bei jedem Koalitionspartner eine Haltung bewege gebracht hat. Doch darüber nachzudenken, bleibt der FDP noch ausreichend Zeit.

Die Entscheidung ist nicht gefallen, obwohl einer der ältesten Männer sich für eine Festlegung vor der Wahl einsetzte. Reinhold Maier erbat nur den Beifall einer kleinen Minderheit und es verdient registriert zu werden, daß Erich Mendel in seinem Grundsatzerferat den stärkeren Beifall erhielt, als er Thomas Lehler als einen "Fanatiker der Freiheit" feierte. Das alles freilich wird überschattet von der gläubigen Verehrung, die Bundespräsident Theodor Heuss genießt. Hatte er in Stuttgart vor einem Jahr sich noch auf eine Geste der Verbundenheit beschränkt, indem er bei einem abendlichen Empfang erschien, so entschloß er sich jetzt zu einer aktiven Teilnahme am Parteitag selbst. Nicht ohne Grund betonte Erich Mendel in seiner Antwort auf Reinhold Maiers bereits zitierte Rede, daß der Vorstand bei seiner Entscheidung den Rat der früheren Parteivorsitzenden einholen werde. Das wird nicht nur Reinhold Maier sein, sondern auch Thomas Lehler und Theodor Heuss gehören dazu.

## Sturmzeichen in Lateinamerika

Von Bruno Kuster, Genf

Im Hinblick auf die kubanischen Ereignisse rief der Dominikaner-pater Henri de Piedmatten an einem Kongress von "Pax Christi" aus: "Dan-ken wir dem Himmel, dass diese Katastrophe, die sich wenigstens in nur einem einzigen Lande ereignete, noch als Lehre dienen kann!" Und mit Leidenschaft kritisierte er die nach rein strategischen Gesichtspunkten ausgerichteten Hilfsmassnahmen des Westens, der den Bedürfnissen Latein-amerikas kaum Beachtung schenkte, solange er diesen Kontinent für poli-tisch sicher hielt... Präsident Kennedy versucht nun, mit seinem Pro-gramm "Bündnis für den Fortschritt" das Steuer herumzuwerfen. Das ist sehr erfreulich, aber man muss einsehen, dass mit Geld allein der drohende Sturm nicht mehr abgewendet werden kann.

Demnächst findet in Buenos-Aires eine amerikanische Regionalkonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation statt, welcher der Generaldirek-tor, David A. Morse, einen Bericht unterbreitet, der keinen Zweifel über den Ernst der Stunde bestehen lässt.

Nach dem raschen wirtschaftlichen Aufschwung in den unmittelbaren Nachkriegsjahren hatten alle lateinamerikanischen Länder eine empfind-liche Verlangsamung der Entwicklung zu verzeichnen. Trotz verschiedener Formen technischer Hilfe und wirtschaftlichen Beistandes "bleibt noch viel zu tun, damit diese verschiedenen Massnahmen von einer bloss symbo-lischen Anerkennung der bestehenden Probleme in eine wirksame Aktion zu deren Lösung übergehen." Wenn nicht wirksame Schritte eingeleitet werden, ergibt sich unweigerlich eine Verschlechterung der internationalen Atmosphäre, die dem Frieden nicht förderlich ist.

Lateinamerika verzeichnet die rascheste Bevölkerungszunahme aller Kontinente. Von 1925 bis 1960 nahm die Einwohnerzahl von Hundert auf 205 Millionen zu, und die Schätzungen rechnen mit über 300 Millionen im Jahre 1975. Trotz grosser Anstrengungen bestehen kaum Anhaltspunkte dafür, dass die Produktion schneller zunimmt als die Bevölkerung. Da für Dutzende Millionen Leute in den kommenden fünfzehn Jahren zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, muss das Gesicht weitzer Gebiete im Verlaufe dieser verhältnismässig kurzen Periode radikal umgestaltet werden."

Die geringe Produktivität, das niedrige Lohnniveau, die spärliche Kapitalbildung und das ungenügende Bildungsniveau sind weitgehend auf die überholten, erstarrten landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse zu-rückzuführen, die auch für die Unzufriedenheit der Bauern und ihre Ab-wanderung in die Städte, die in dem korakbrandender Wogen des Elends unter-zugehen drohen, verantwortlich sind. Tiefgreifende Agrarreformen erschei-nen als die dringlichsten Aufgaben der lateinamerikanischen Länder.

"Diese Probleme", sagt Morse, "sind enorm, und zwar nicht wegen ihrer Zahl, sondern wegen der Grösse der Bedürfnisse, deren Befriedigung ihre Lösung erfordert." Die Bestrebungen, einen gemeinsamen lateinamerika-nischen Markt zu schaffen, sind sehr verheissungsvoll, jedoch muss auf allen Gebieten noch viel mehr als bisher getan werden, "wenn man die gegenwärtige Tendenz der Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung umkehren und neue, bedeutende Fortschritte erzielen will."

Entweder müssen die lateinamerikanischen Länder die sich aufrän-gen-den inneren Reformen selbst durchführen, aber die ausländische Wirtschafts-hilfe, die noch gewaltig gesteigert werden muss, darf nicht länger zur Stützung überholter und widersprüchlicher Sozialstrukturen missbraucht werden.

Aus der Wahlkampfküche der CDU

Nach allen Informationen, die aus Kreisen der CDU in den letzten Wochen zu vernehmen waren, bereitet die CDU-Wahlkampfleitung ein bombastisches Programm von Propaganda-Aktionen vor, das weit mehr kosten wird, als die 30 Millionen, über die die CDU im Jahre 1957 verfügte. Allerdings ist man sich darüber im klaren, dass ein psychologisch geschickter und grosszügig ausgestatteter Wahlkampfplan noch nicht die Kette politischer Missgeschicke beseitigt, die seit diesem Frühjahr das Ansehen der CDU in weiten Kreisen der Bevölkerung belastet. So fürchtet man, dass das offensichtliche Versagen der CDU-Bundesregierung bei der Verwirklichung der Sozialreform, das bewiesene Unvermögen bei der Durchsetzung der speziell in den katholischen Bereich zielenden Beseitigung der Sonntagsarbeit, die Bescheinigung der Verfassungswidrigkeit von Vorhaben der Bundesregierung sowie das reservierte Verhältnis Adenauers zur Regierung Kennedy noch im eigentlichen Wahlkampf spürbare Auswirkungen zeigen kann. Da die CDU auf diese Themen keine glaubwürdige und überzeugende Antwort hat, so rechnet man, könnten zumindest Teile der vorbereiteten Propaganda von der Öffentlichkeit nicht abgenommen werden. Politisch befindet sich die CDU zum Leidwesen ihrer Propagandisten nach wie vor in der Defensive. Nachdem auch die Aktienrechtsreform zu den Akten gelegt wurde, verfügt sie ausser einigen Wahlgeschenken über nichts mehr, was sie als politischen Erfolg in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes stellen könnte.

Aber für die Politik der CDU/CSU ist nicht das Wahlkampfbüro zuständig. Seine Aufgabe besteht in der technischen und organisatorischen Vorbereitung des für einen Zeitraum von höchstens sechs Wochen geplanten eigentlichen Wahlkampfes und für die Erarbeitung der strategischen und taktischen Linie. In der Nassestrasse 2 in Bonn, dem Sitz der CDU-Bundesgeschäftsstelle, befindet sich der organisatorische Kopf mit Dr. Konrad Kraske, der in enger Verbindung zum "Institut für Demoskopie" in Allensbach steht. Ihm steht in der Koblenzer Strasse ein Wahlbüro zur Seite, dem der von Dr. Adenauer aus dem Bundeskanzleramt entsandte Dr. Franz-Josef Bach vorsteht. Seine Aufgabe besteht hauptsächlich darin, Adenauers Anweisungen für den Wahlkampf in Zusammenarbeit mit der Bundesgeschäftsstelle zu verwirklichen und dessen Position als Parteivorsitzender mit der des Regierungschefs aufeinander abzustimmen. Über den beiden Büros thront der Stellvertretende Vorsitzende der CDU, Kai-Uwe von Hassel, der der Leiter des CDU/CSU-Wahlkampfes 1961 ist. Er residiert in der Drachenfelsstrasse 17, dem Sitz der Landesvertretung von Schleswig-Holstein. Hassel ist bekanntlich auch Ministerpräsident dieses Landes. Zur Wahlkampfleitung gehören:

- Kai-Uwe von Hassel,
- Dr. Bruno Heck (früher Bundesgeschäftsführer der CDU)
- Dr. Franz Josef Bach (Ministerialrat aus dem Bundeskanzleramt, zum Generalkonsul von Hongkong ernannt, beurlaubt für den Wahlkampf)
- Dr. Heinrich Krone (Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU)
- Will Rasner (Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)
- Gernard Wachter (CSU-Wahlkampfchef)
- Dr. Konrad Kraske (Bundesgeschäftsführer der CDU)
- Dr. Heinz Petterberg (Pressereferent bei der Bundesgeschäftsstelle)

Nach allem, was bisher zu erfahren war, wird die CDU den Wahlkampf wieder mit den konventionellen Mitteln, mit Plakaten, Filmen und

Veranstaltungen, Ehren, wobei daran gedacht ist, das Reiseprogramm des Parteivorsitzenden durch Engagierung von Flugzeugen und Hubschraubern gegenüber 1957 noch zu intensivieren. Geplant ist, Adenauer diesmal in unmittelbarem Kontakt mit 250 000 Menschen zu bringen, was über frühere Beispiele erheblich hinausgeht.

Neben dem Parteitag im April in Karlsruhe wird es eine Reihe von Sonderveranstaltungen und Ausstellungen geben. Drei Jugendkundgebungen sind in den Großstädten Frankfurt, Hamburg und Nürnberg geplant, die das Ziel haben, das "Generationsproblem" aus der Schusslinie zu ziehen, das der Wahlkampfleitung viel Sorge bereitet hat. Man erwartet von den Kundgebungen ein frisches Bild des 65-jährigen Kanzlers, der sich neben dem jugendlichen Kanzlerkandidaten der SPD behaupten kann. Jedoch soll der Gegensatz von alt und jung auf keinen Fall durch Gegenüberstellungen, wie sie etwa beim Fernsehen gegeben wären, sichtbar gemacht werden. Eine Fernsehdiskussion zwischen den beiden grossen Gegenspielern Brandt und Adenauer wird es demzufolge nicht geben.

An den Litfass-Säulen werden in den letzten beiden Monaten vor der Wahl wieder die bunten Partporträts der Bundesminister erscheinen; die Anschlagflächen sind bereits seit dem Spätsommer vorigen Jahres festgelegt. Das Hauptplakat wird Adenauer und Erhard - trotz aller Gegensätze - einträchtig nebeneinander zeigen. Der Wahlslogan heisst: "Adenauer, Erhard und die Mannschaft". Daneben wird es Plakate geben, die das Thema "Denk an die Zukunft - wähle CDU" variieren. Einige sind gegen die SPD gerichtet. So wird von einem Verkehrsampel-Plakat gesprochen, das Rot mit SPD, Grün mit CDU verbindet. Rot - Stillstand; Grün - Freie Fahrt in eine gute Zukunft mit der CDU. Ferner ist ein Plakat in Vorbereitung, von dem wegen seines verleumderischen Inhalts noch nicht entschieden ist, wann es geklebt werden soll: Es zeigt Herbert Wehner vor den Zwietertürmen des Kreml, wie er an Stricken die Mitglieder der SPD-Mannschaft hält.

Auch das gesamte Redner- und Informationsmaterial der CDU richtet sich gegenwärtig zu etwa 80 Prozent gegen die SPD, was darauf schliessen lässt, dass die CDU-Wahlkampfleitung sich in die Defensive gedrängt glaubt. Dass hier das Versagen der konstruktiven Regierungsarbeit mit dem optimistischen und vorwärtsdrängenden Elan der SPD seit Hannover zusammenwirkt, liegt auf der Hand. Bemerkenswert ist, dass sowohl die CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn wie die CDU-Zentrale in ihren ersten Redner-Sondermaterialien sich mit der Persönlichkeit Willy Brandts befassen.

Neben statistischem Material, das die gesamte wirtschaftliche Prosperität als ausschliessliches Verdienst der CDU usurpiert, enthält das gesamte CDU-Material zu 80 Prozent aggressive Spitzen gegen die SPD sowie gegen die Gewerkschaften, die die CDU in diesem Wahlkampf mit der SPD gleichstellt. Diese Taktik geht auf Ermittlungen der Meinungsforscher zurück, welche herausgefunden haben wollen, dass nur etwa 30 Prozent aller Berufstätigen gewerkschaftlich organisiert sind, ein Drittel dagegen gewerkschaftsfeindlich eingestellt und der Rest gleichgültig ist. Man hofft offenbar, durch Identifizierung von SPD und DGB in den Randschichten der unentschiedenen aber der CDU wohlgesonnenen Wähler Resonanz zu finden.

Mit weiteren verleumderischen Angriffen gegen die SPD, wie wir sie bei der Plakatpropaganda gewohnt sind, ist mit Sicherheit zu rechnen. Ein führender CDU-Politiker äusserte sich kürzlich ganz offen: "Der Bürger hat diesmal mehr zu verlieren als 1957. Also wird das GdDML, die "Roten ante portas" seine Wirkung nicht verfehlen". Schon jetzt scheuen CDU-Kreise nicht davor zurück, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und Kanzlerkandidaten der SPD zu unterstellen, er sei nach 1945 für die Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten eingetreten. Nachdem Brandts Sympathien in der Öffentlichkeit nach Meinungsumfragen von 36 Prozent auf 63 Prozent gestiegen sind, darf man von der Seite der in Unsicherheit geratener CDU auch persönliche Rücksichten nicht erwarten.

### Arbeitsproduktivität und Löhne in der "DDR"

W. R. Die 12. Tagung des ZK der SED, die dieser Tage zu Ende ging, musste sich eingehend mit Schwierigkeiten der Wirtschaft beschäftigen. Der Vorsitzende der Zentralen Plankommission, Leuschner, gab in seinem Referat einen Überblick über das Wachstum der Gesamtwirtschaft. Der Industrieausstoss des Jahres 1960 konnte gegenüber dem Jahre 1958 von 59 Mrd./DMO auf 71,3 Mrd./DMO gesteigert werden. Die Gesamtinvestitionen wurden im gleichen Zeitraum von 12,1 Mrd./DMO auf 15,4 Mrd./DMO erhöht. Trotz der optimistischen Zahlen zeigt sich, dass mit der Steigerung und Verwendung der Investitionen das alte Übel der Wirtschaft, die Überforderung der Kapazitäten, weiter verschärft wurde. Mangelercheinungen auf vielen Gebieten der Wirtschaft führten und führen immer wieder zu erheblichen Störungen. Grosse Mengen der Investmittel werden für Neubauten von Fabriken eingeplant, die die ohnehin überlastete Maschinen- und Bauindustrie erneuten Belastungen aussetzen. Dabei werden nur relativ geringe Mittel für die Regeneration der vorhandenen und veralteten Betriebe eingesetzt. Auch die Eigeninitiative der Werke wird stark beschränkt. So gibt es z.B. ein zentrales Kontrollamt, das einen sehr strengen Maßstab für Erneuerungen und Erweiterungen der Werke anlegt.

Viele Arbeitsmethoden und Anstrengungen sind bisher vergeblich vertan worden, um die immer grösser werdende Spanne zwischen Arbeitsproduktivität und Löhnen zu beseitigen. Bereits 1955 sollten irrationale Massnahmen durchgeführt werden, um diese Divergenzen auszuräumen. Der Versuch endete im Aufstand des 17. Juni.

Es wäre sinnvoll gewesen, zunächst den Maschinenbau auf einen Leistungsstand zu bringen, der dann mit rationaler Produktionsmethoden die weitgesteckten Planziele zu verwirklichen erlaubt. Das hätte allerdings eine völlige Umstrukturierung der Planziele bedeutet. Der Ausbau einer Grundindustrie hätte dann zurückgestellt werden müssen. Bei den Anforderungen, die an den Maschinenbau gestellt werden, ist es eine schwierige Sache, wenn z.B. in diesem Wirtschaftszweig nur 35 Prozent aller beschäftigten Arbeiter an Maschinen eine Tätigkeit verrichten, während der Übergrosse Teil eine manuelle Beschäftigung ausführen muss. Im Schiffsbau ist der Anteil noch geringer, er beträgt nur 18 Prozent maschinenbeschäftigter Arbeiter. In der mangelhaften Ausstattung der Werke liegt das eigentliche Dilemma der überforderten Industrie der "DDR".

Im Laufe der Jahre sind als Folge die Löhne davongelaufen, ohne dass die Arbeitsproduktivität den Lohnsteigerungen nachkommen konnte.

Eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist mit den vorhandenen Mitteln nur bedingt möglich, deshalb wurde auch immer wieder versucht,

durch Lohnkürzungen oder Normenerhöhungen dem Übel zu steuern. Den Wünschen der Zentrale stand aber der massive Druck aus den Werken gegenüber, die in Gegenteil auf kaltem Wege Lohn erhöhungen erzwingen. Zu dieser Lage meinte resigniert der ZK-Abteilungsleiter Schürer: "... dass die Lohnpolitik gegenwärtig nicht die Partei und der Staat, sondern der Maschinenbau bestimmt". In den letzten zwei Jahren hat der Maschinenbau ohne zentrale Zustimmung die Löhne um 15,2 Prozent erhöht und diese sind schon wieder davongelaufen, ohne dass Berlin darauf Einfluss nehmen konnte. Ulbricht, der schon oft auf diese Entwicklung vergeblich Einfluss genommen hat, musste bekennen: "Es gibt ein Stillhalteabkommen zwischen den Werkleitern und den Gewerkschaften, besonders im Maschinenbau. Die Genossen, die dieses Problem anfassen, haben meist nicht das Gefühl, dass sie von der Partei unterstützt werden. Für Überziehen des Lohnfonds, Nichteinhaltung der Gesetze und schlechte Arbeit gibt es keine oder nur sehr wenig Kritik".

Es ist offensichtlich, dass die Gewerkschaftsfunktionäre keine Neigung zeigen, die Löhne zu kürzen oder die Normen heraufzusetzen. Hier sieht sich das ZK einer Einheitsfront der Gewerkschaften, der Werkleiter und der Arbeiter gegenüber. Die Zentrale ist gegen diese eigenmächtige Lohnpolitik bisher machtlos geblieben. Der Geldüberhang dürfte bereits jetzt an die 1,5 Mrd.-Grenze herangekommen sein. Es besteht also eine verschleierte Inflation, die nur durch strenge Preisbindungen gesteuert werden kann.

Durch die Einführung der sowjetischen Mitrofanow-Methode erhofft man eine Verbesserung der Technologie und damit eine Anhebung der Arbeitsproduktivität. Wenn diese Methode auch manche Verbesserungen bringen wird, am Grundübel kann sie nichts ändern. Selbst wenn diese Methode eine rationellere Ausnutzung der vorhandenen Kapazität bringen sollte, die Produktionsverbesserungen haben auch die Tendenz in sich, dass sie sich in weiteren Lohn erhöhungen niederschlagen. Das mag grotesk sein, aber die Werkleitungen haben großes Interesse daran, die Stimmung im Betrieb zu erhalten und an den Löhnen keine wesentlichen Abzüge vorzunehmen.

So tobt unsichtbar in den Betrieben ein gewerkschaftlicher Kampf um die Erhaltung des Lohnspiegels.

+ + +